

Bericht des Vorstands
der
Österreichische Post Aktiengesellschaft
Wien, FN 180219 d,
über die
Ermächtigung des Vorstands zum Ausschluss des Bezugsrechtes der
Aktionäre bei der
Begebung von Finanzinstrumenten im Sinne von § 174 AktG
sowie
zur Einräumung von Aktienoptionen
an Arbeitnehmer und leitende Angestellte gem § 159 Abs 2 Z 3 AktG
(TOP 11 und 12)

Sämtliche Mitglieder des Vorstands erstatten nachstehenden Bericht des Vorstands der Österreichische Post Aktiengesellschaft mit dem Sitz in Wien gem §§ 174 Abs 4 iVm § 153 Abs 4 AktG und § 159 Abs 2 Z 3 AktG an die ordentliche Hauptversammlung der Österreichische Post Aktiengesellschaft am 15. April 2015.

1. Österreichische Post Aktiengesellschaft mit dem Sitz Wien und der Geschäftsan-schrift 1030 Wien, Haidingergasse 1, eingetragen im Firmenbuch des Handelsge-richtes Wien unter FN 180219 d, hat gegenwärtig 67.552.638 Stück auf Inhaber lautende nennbetragslose Stammaktien (Stückaktien) mit Stimmrecht ausgegeben. Das Grundkapital der Gesellschaft beträgt gegenwärtig EUR 337.763.190,--.
2. Der Vorstand der Gesellschaft beabsichtigt, der ordentlichen Hauptversammlung der Gesellschaft vom 15.04.2015 zu TOP 11 vorzuschlagen, folgende Beschluss-fassung:
 - a) Die Ermächtigung des Vorstands mit Zustimmung des Aufsichtsrats bis 14.04.2020 Finanzinstrumente im Sinne von § 174 AktG, insbesondere Wandelschuldverschreibungen, Gewinnschuldverschreibungen, Genuss-rechte, mit einem Gesamtnennbetrag von bis zu EUR 250.000.000,--, die auch das Umtausch- und/oder Bezugsrecht auf den Erwerb von insgesamt bis zu 3.377.632 Aktien der Gesellschaft einräumen können und/oder auch so ausgestaltet sind, dass ihr Ausweis als Eigenkapital erfolgen kann, auch in mehreren Tranchen und in unterschiedlicher Kombination, auszugeben, und zwar auch mittelbar im Wege der Garantie für die Emission von Finan-zinstrumenten durch ein verbundenes Unternehmen der Gesellschaft mit Umtausch- und/oder Bezugsrechten auf Aktien der Gesellschaft.
 - b) Für die Bedienung der Umtausch- und/oder Bezugsrechte kann der Vorstand das bedingte Kapital oder eigene Aktien oder eine Kombination aus beding-tem Kapital und eigenen Aktien verwenden.

- c) Ausgabebetrag und Ausgabebedingungen der Finanzinstrumente sind vom Vorstand mit Zustimmung des Aufsichtsrates festzusetzen, wobei der Ausgabebetrag nach Maßgabe anerkannter finanzmathematischer Methoden sowie des Kurses der Aktien der Gesellschaft in einem anerkannten Preisfindungsverfahren zu ermitteln ist.
 - d) Der Vorstand ist berechtigt, das Bezugsrecht der Aktionäre auf die Finanzinstrumente im Sinne des § 174 AktG mit Zustimmung des Aufsichtsrates auszuschließen.
3. Der Vorstand der Gesellschaft beabsichtigt, der ordentlichen Hauptversammlung der Gesellschaft vom 15.04.2015 zu TOP 12 vorzuschlagen, folgende Beschlussfassung:
- a) Die bedingte Erhöhung des Grundkapitals der Gesellschaft gemäß § 159 Abs 2 Z 1 und Z 3 AktG um bis zu EUR 16.888.160,-- durch Ausgabe von bis zu 3.377.632 Stück auf Inhaber lautende neue Stückaktien (i) zur Ausgabe an Gläubiger von Finanzinstrumenten gemäß § 174 AktG im Sinne des Hauptversammlungsbeschlusses vom 15.04.2015, die unter Ausnützung der in dieser Hauptversammlung eingeräumten Ermächtigung von der Gesellschaft oder von einem verbundenen Unternehmen künftig ausgegeben werden, soweit die Gläubiger der Finanzinstrumente von ihrem Umtausch und/oder Bezugsrecht auf Aktien der Gesellschaft Gebrauch machen sowie (ii) zum Zweck der Einräumung von Aktienoptionen an Arbeitnehmer und leitende Angestellte der Gesellschaft oder eines mit ihr verbundenen Unternehmens. Der Ausgabebetrag und das Umtauschverhältnis sind bei der Ausgabe an Gläubiger von Finanzinstrumenten gemäß § 159 Abs 2 Z 1 AktG nach Maßgabe anerkannter finanzmathematischer Methoden sowie des Kurses der Aktien der Gesellschaft in einem anerkannten Preisfindungsverfahren zu ermitteln. Der Ausgabebetrag zur Bedienung von Bezugsrechten aus Aktienoptionen gemäß § 159 Abs 2 Z 3 AktG berechnet sich anhand des durchschnittlichen Börsepreises innerhalb der letzten drei Monate vor Einräumung der jeweiligen Aktienoptionen. In jedem Fall darf der Ausgabebetrag nicht unter dem anteiligen Betrag des Grundkapitals liegen. Die neu ausgegebenen Aktien der bedingten Kapitalerhöhung sind im gleichen Maße wie die bereits bestehenden Aktien der Gesellschaft dividendenberechtigt. Der Vorstand ist ermächtigt mit Zustimmung des Aufsichtsrats die weiteren Einzelheiten der Durchführung der bedingten Kapitalerhöhung (insbesondere Ausgabekurs, Zeitpunkt der Dividendenberechtigung) festzusetzen. Der Aufsichtsrat ist ermächtigt, Änderungen der Satzung, die sich durch die Ausgabe von Aktien aus dem bedingten Kapital ergeben, zu beschließen.

- b) die entsprechende Änderung und Ergänzung der Satzung durch einen neuen § 5 „b) Bedingtes Kapital“, welcher lautet wie folgt:

**„§ 5 b
Bedingtes Kapital**

Das Grundkapital der Gesellschaft wird gemäß § 159 Abs 2 Z 1 und Z 3 AktG um bis zu EUR 16.888.160,-- durch Ausgabe von bis zu 3.377.632 Stück auf Inhaber lautende neue Stückaktien zur (i) Ausgabe an Gläubiger von Finanzinstrumenten im Sinne des Hauptversammlungsbeschlusses vom 15.04.2015, die unter Ausnützung der in dieser Hauptversammlung eingeräumten Ermächtigung von der Gesellschaft oder von einem verbundenen Unternehmen künftig ausgegeben werden, erhöht. Die Kapitalerhöhung darf nur soweit durchgeführt werden, als die Gläubiger der Finanzinstrumente von ihrem Umtausch- und/oder Bezugsrecht auf Aktien der Gesellschaft Gebrauch machen sowie (ii) zum Zweck der Einräumung von Aktienoptionen an Arbeitnehmer und leitende Angestellte der Gesellschaft oder eines mit ihr verbundenen Unternehmens. Der Ausgabebetrag und das Umtauschverhältnis sind bei der Ausgabe an Gläubiger von Finanzinstrumenten gemäß § 159 Abs 2 Z 1 AktG nach Maßgabe anerkannter finanzmathematischer Methoden sowie des Kurses der Aktien der Gesellschaft in einem anerkannten Preisfindungsverfahren zu ermitteln. Der Ausgabebetrag zur Bedienung von Bezugsrechten aus Aktienoptionen gemäß § 159 Abs 2 Z 3 AktG berechnet sich anhand des durchschnittlichen Börsenpreises innerhalb der letzten drei Monate vor Einräumung der jeweiligen Aktienoptionen. In jedem Fall darf der Ausgabebetrag nicht unter dem anteiligen Betrag des Grundkapitals liegen. Die neu ausgegebenen Aktien aus der bedingten Kapitalerhöhung sind im gleichen Maße wie die bereits bestehenden Aktien der Gesellschaft dividendenberechtigt. Der Vorstand ist ermächtigt mit Zustimmung des Aufsichtsrats die weiteren Einzelheiten der Durchführung der bedingten Kapitalerhöhung (insbesondere Ausgabekurs, Zeitpunkt der Dividendenberechtigung) festzusetzen. Der Aufsichtsrat ist ermächtigt, Änderungen der Satzung, die sich durch die Ausgabe von Aktien aus dem bedingten Kapital ergeben, zu beschließen.

[Bedingtes Kapital 2015]“

4. Begebung von Finanzinstrumenten iSv § 174 AktG und Ermächtigung des Vorstands zum Ausschluss der Bezugsrechte der Aktionäre

Ausschluss des Bezugsrechtes und Begründung

Das Bezugsrecht der Aktionäre auf die im Rahmen dieser Ermächtigung begebenen Finanzinstrumente im Sinne von § 174 AktG, insbesondere Wandelschuldverschreibungen, Optionsanleihen, Gewinnschuldverschreibungen, Genussrechten, soll mit Zustimmung des Aufsichtsrats ausgeschlossen werden können.

Nach Meinung des Vorstands kann der Ausschluss des Bezugsrechtes im Zusammenhang mit diesem Ermächtigungsbeschluss zur Begebung von Finanzinstrumenten im Sinne von § 174 AktG im überwiegenden Interesse der Gesellschaft, aber auch – jedenfalls mittelbar – im Interesse der bestehenden Aktionäre der Gesellschaft gelegen sein. Gemäß den einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen erstattet der Vorstand zur rechtlichen und wirtschaftlichen Begründung und Rechtfertigung des Bezugsrechtsausschlusses den nachstehenden Bericht.

Der Ausschluss der Bezugsrechte bei Finanzinstrumenten im Sinne von § 174 AktG ist unter vier wesentlichen Aspekten zu sehen: Vergleichsweise niedrige und somit attraktive Finanzierungskosten für die Gesellschaft, die Optimierung eines hohen Wandlungskurses, die Erschließung von neuen Anlegerkreisen sowie die Kapitalaufnahmen in der Unternehmensgruppe direkt dort, wo die erlösten Mittel tatsächlich verwendet werden, sowie die Erschließung von Hybridkapital.

Aus diesen Gründen kann ein Ausschluss des Bezugsrechtes der Aktionäre auf die von der Gesellschaft zu begebenden Finanzinstrumente im Sinne von § 174 AktG erforderlich sein.

A Vorteilhaftere Finanzierungsmöglichkeiten

I. WANDELSCHULDVERSCHREIBUNGEN

Anleger erhalten aus Wandelschuldverschreibungen eine Verzinsung bei vergleichbar geringem Risiko hinsichtlich der Rückzahlung des eingesetzten Kapitals. Gleichzeitig wird ihnen das Recht eingeräumt, zu einem bereits bei der Ausgabe der Wandelschuldverschreibung festgelegten Preis oder einer vorweg festgelegten Preisformel („Wandlungspreis“) künftig Aktien der Gesellschaft zu erwerben, wodurch den Gläubigern – nach Wandlung – auch ein Zugang zur Substanz und zur Ertragskraft des Unternehmens ermöglicht wird.

Wandelschuldverschreibungen stellen für die Gesellschaft ein angemessenes Mittel dar, um ihre Kapitalkosten möglichst niedrig zu halten. Durch die genannten Komponenten, nämlich die hohe Sicherheit für Anleihegläubiger und die Möglichkeit der Teilnahme an Kurssteigerungen durch das Recht auf Wandlung der Aktien, erhält die Gesellschaft einen flexiblen und schnellen Zugang zu attraktiven Finanzierungsbedingungen, der in der Regel unter dem Niveau von (reinen) Fremdkapitalinstrumenten liegt.

Durch die am Kapitalmarkt üblichen Konditionen von Wandelschuldverschreibungen wird der Ausgabekurs der zu emittierenden Aktien über dem zum Emissionszeitpunkt der Wandelschuldverschreibung liegenden Aktienkurs liegen („Wandlungsprämie“), sodass die Gesellschaft im Vergleich zu einer sofortigen Kapitalerhöhung einen höheren

Ausgabepreis erzielen kann und somit – anders ausgedrückt – der Gesellschaft zusätzliches Kapital zugeführt werden kann.

Der Wert von Wandelschuldverschreibungen setzt sich aus zwei Komponenten zusammen: Der Schuldverschreibungskomponente und der Komponente einer Option, die zur Wandlung der Schuldverschreibungen in Aktien berechtigt. Aufgrund der mit Wandelanleihen verbundenen Optionskomponente, deren Wert sich am Kursverlauf der Aktie orientiert, wird von Anlegern grundsätzlich ein im Vergleich zu klassischen Unternehmensanleihen geringerer Zinssatz akzeptiert. In der Wandlungsprämie wird gleichfalls die Optionskomponente bewertet, deren Preis von Laufzeit und Zinsniveau, aber auch stark von Kursverlauf und -Volatilität der Aktie beeinflusst wird, wobei eine hohe Volatilität (mit entsprechenden Kurschancen) für die Optionskomponente im Rahmen der dafür marktüblich verwendeten Berechnungsmethoden technisch werterhöhend wirkt und sich letztlich in einem vergleichsweise niedrigeren Zinssatz der Wandelschuldverschreibungen niederschlägt. Wandelschuldverschreibungen bieten daher insbesondere auch eine Möglichkeit, Kursvolatilitäten zu Gunsten der Gesellschaft zu verwerten und damit die Kapitalkosten der Gesellschaft zu senken.

Die Praxis hat gezeigt, dass bei Emissionen mit Bezugsrechtsausschluss meist bessere Konditionen erreicht werden können, da durch die derart mögliche sofortige Platzierung zu Lasten der Gesellschaft preiswirksame Risiken aus einer geänderten Marktsituation vermieden werden. Dies liegt in der Struktur von Bezugsrechtsemissionen, bei denen nach den gesetzlichen Bestimmungen eine mindestens zweiwöchige Bezugsfrist einzuhalten ist. Bei einem Bezugsrechtsausschluss können daher bei richtiger Einschätzung der Marktlage vergleichsweise mehr finanzielle Mittel für die Gesellschaft bei einer niedrigeren Anzahl von – bei Ausnützung des Wandlungsrechtes – zu emittierenden Aktien generiert werden. Aus diesem Grund ist der Ausschluss des Bezugsrechts mittlerweile auch gängige Praxis bei der Begebung von Wandelschuldverschreibungen auf dem Kapitalmarkt.

II. OPTIONSANLEIHEN

Bei einer Optionsanleihe wird dem Anleger neben dem Anspruch auf Verzinsung und Rückzahlung des Nennbetrages die Befugnis eingeräumt, innerhalb eines bestimmten Zeitraums zu einem bestimmten Preis zusätzlich eine bestimmte Menge Aktien der Gesellschaft zu erwerben. Diese Optionsrechte werden in aller Regel in gesonderten Optionsscheinen verbrieft und mit dem Recht ausgestattet, von einem bestimmten Zeitpunkt an von der eigentlichen Optionsschuldverschreibung abgesondert und getrennt übertragen zu werden.

Bei diesem Finanzierungsinstrument wird dem Anleger durch eine feste Verzinsung und durch die Rückzahlbarkeit des Nennbetrages eine rechenbare Rendite geboten, verbunden mit der Möglichkeit, das Optionsrecht zu nutzen. Wenn der Aktienkurs steigt, können entweder durch Ausübung des Optionsrechts kostengünstig Aktien erworben werden oder der Optionsschein veräußert werden, dessen Kurs überproportional steigen wird. Dieser leverage effect ist umso höher, je mehr Aktien auf den Optionsschein bezogen werden können und je niedriger der Optionspreis ist.

Für die Gesellschaft ist die Optionsanleihe besonders kostengünstig, weil sie wegen des separaten Optionsrechts ein Finanzierungsinstrument mit unter den sonstigen Marktbedingungen liegender Festverzinsung platzieren kann.

Die Ausführungen zu den Wandelschuldverschreibungen gelten hier sinngemäß.

III. GEWINNSCHULDVERSCHREIBUNG

Diese Schuldverschreibungen verbiefen neben einer bestimmten Geldforderung weitere Leistungen, deren Berechnung mit Gewinnanteilen von Aktionären so in Verbindung gebracht werden, dass neben oder anstelle einer Festverzinsung eine vom Unternehmensergebnis abhängige Verzinsung erfolgt. In einem solchen Fall entfällt die Zusatzverzinsung oder der gesamte Zinsanspruch, wenn kein Ergebnis erzielt wird oder durch die ausreichende Vergütung ein Bilanzverlust entstehen oder erhöht würde. Es kann auch ein Nachholrecht aus künftigen Ergebnissen vereinbart werden.

Die Gesellschaft ist frei in den Bestimmungen der Rückzahlungsbedingungen und der Laufzeit, bis hin zur Ausgestaltung als „ewige Anleihe“. Auch Typenvermischungen von Gewinnschuldverschreibungen und Wandel- oder Optionsanleihen steht nichts entgegen.

Dementsprechend bieten Gewinnschuldverschreibungen ebenfalls – je nach Ausgestaltung – günstige Finanzierungsalternativen für die Gesellschaft und vermeiden insbesondere das Risiko der Bedienung im Falle eines nicht ausreichenden Ergebnisses, was der Gesellschaft und damit den Aktionären zu Gute kommt.

Wegen der mannigfaltigen inhaltlichen Ausgestaltungsmöglichkeiten sind Gewinnschuldverschreibungen typischerweise Finanzinstrumente, die überwiegend von institutionellen Investoren nachgefragt werden, weshalb sich der Ausschluss des Bezugsrechts als vorteilhaft erweisen kann.

IV. GENUSSRECHTE

Der besondere Vorteil von Genussrechten, die der Kapitalbeschaffung dienen, liegt darin, dass sie flexibel ausgestaltet werden können und Elemente von Eigenkapital und Fremdkapital kombiniert werden können. Einerseits gewähren sie keine Mitgliedschaftsrechte, andererseits kann das Genussrechtskapital so ausgestaltet werden, dass es dem Eigenkapital zuzurechnen ist.

Genussscheine zur Kapitalbeschaffung lauten typischerweise auf deren Inhaber und einen bestimmten Nennbetrag. Sie werden gegen Leistung einer Bareinlage ausgegeben und gewähren eine jährliche Ausschüttung, deren Höhe zumeist von der ausgeschütteten Dividende abhängig ist. Es kann eine Festverzinsung, ein Gewinnvorteil wie bei Vorzugsaktien, eine Beteiligung am Liquidationserlös oder eine Verlustteilnahme vereinbart werden.

Mit dem Genussrecht kann ein Umtauschrecht in Aktien genauso verbrieft werden, wie ein Optionsrecht auf den Bezug von Aktien der Gesellschaft („Wandel-“ oder „Options-Genussrechte“). Rückzahlungsbedingung und Laufzeit sind frei gestaltbar.

Die Gesellschaft erhält bei entsprechender Gestaltung „aktiengleiches“ Kapital, welches die Herrschaftsrechte der Aktionäre nicht beeinträchtigt und bei gewinnorientierter nach oben begrenzter Bedienung auch keinen Eingriff in die Vermögensrechte der Aktionäre

darstellt. Selbst bei einer gewinnabhängigen Verzinsung oder nachrangiger Teilnahme am Liquidationserlös rechtfertigt die Erkenntnis, dass Genussrechte nicht mit den Vermögensrechten der Aktionäre, sondern nur mit den vermögensmäßigen Risiken der Aktionäre in Konkurrenz stehen, einen Ausschluss des Bezugsrechts.

B Ausgabebetrag und Wandlungskurs

Der Ausgabebetrag der bei Ausübung der Umtausch- und/oder Bezugsrechte an die Options- und Wandelschuldverschreibungsgläubiger bzw an die Zeichner von Gewinnschuldverschreibungen oder Genussrechten mit Wandlungs- oder Bezugsrechten auszugebenden Aktien (Wandlungs- bzw Bezugskurs) wird entsprechend den internationalen Kapitalmarktusancen ausgehend vom Kurs der Aktien der Gesellschaft bei Zuteilung der Anleihe ermittelt zuzüglich eines Aufschlags, welcher der Einschätzung der weiteren Kursentwicklung der Gesellschaft im Zusammenhang mit den bei vergleichbaren Kapitalmarkttransaktionen Aufschlägen am relevanten Markt entspricht.

Da der Kurs der Aktie bei Ausgabe der Emission ein für die Konditionengestaltung der Options- oder Wandelanleihe wichtiges Datum darstellt, ist es im Interesse der Gesellschaft gelegen, mögliche „Kontrolle“ über den Referenzkurs der Aktie der Gesellschaft zu dem für die Konditionengestaltung maßgeblichen Zeitpunkt der Zuteilung zu haben.

Gerade unter Bedachtnahme auf die etwa als Folge der US-Subprime-Krise festzustellenden Kursschwankungen der Aktienmärkte insgesamt sowie unter Berücksichtigung der Volatilität – wie sie auch bei der Aktie der Österreichische Post Aktiengesellschaft festzustellen war – im Besonderen wird deutlich, dass sowohl der Kursverlauf, als auch die Markteinschätzung innerhalb einer zweiwöchigen Bezugsfrist – die ohne Bezugsrechtsausschluss einzuhalten wäre – durchaus sehr erheblichen Änderungen unterliegen können.

Bei einer Emission mit Bezugsrechtsausschluss kann die Gesellschaft hingegen einen nach ihrer Einschätzung günstigen Zuteilungszeitpunkt vergleichsweise rasch und flexibel wählen.

Auf diese Weise wird die Gesellschaft in die Lage versetzt, innerhalb des Ermächtigungszeitraums attraktive Ausgabebedingungen zu einem aus ihrer Sicht optimalen Zeitpunkt flexibel festzusetzen und so ihre Wandlungs- bzw Finanzierungskonditionen im Interesse aller Aktionäre zu optimieren. Gleichzeitig kann der erwarteten Einschätzung der Entwicklung des Aktienkurses Rechnung getragen und auf die zum Ausgabezeitpunkt üblichen Konditionen und Gepflogenheiten der internationalen Finanzmärkte eingegangen werden.

Der Ausgabebetrag der übrigen Finanzinstrumente im Sinne von § 174 AktG, wie Gewinnschuldverschreibungen und Genussrechte, die nicht mit einem Wandlungsrecht auf Aktien ausgestattet werden, wird nach Maßgabe anerkannter finanzmathematischer Methoden in einem anerkannten Preisfindungsverfahren ermittelt.

C Mögliche institutionelle Investoren

Finanzinstrumente im Sinne von § 174 AktG werden üblicherweise nur von institutionellen Investoren gezeichnet, die sich auf diese Veranlagungsform spezialisiert haben,

und die auch von einem auf Basis dieser Ermächtigung zu begebenden Wertpapier im Sinne von § 174 AktG im obigen Sinne angesprochen werden sollen. Die Gesellschaft kann somit durch die Ausgabe von solchen Finanzinstrumenten eine neue Investorenbasis erschließen. Die Emission von Finanzinstrumenten mit Bezugsrechten würde hingegen dazu führen, dass diese Investoren aufgrund marktunüblicher Ausgestaltung und Zuteilungsmechanismen und/oder der sich innerhalb der mindestens zweiwöchigen Bezugsfrist für diese Investoren ergebenden Marktrisiken nicht oder nur mit einem geringem Emissionsvolumen angesprochen werden können.

Zudem ist anzumerken, dass bei marktgerechter Bewertung der Emission eines Finanzinstruments mit Bezugsrechten (dh zu den besten am Markt erzielbaren Konditionen, wie sie auch von der Gesellschaft angestrebt werden), die Bezugsrechte selbst ohne eigenständige wirtschaftliche Bedeutung sind.

Durch den Verzicht auf die zeit- und somit auch kostenaufwändige Abwicklung des Bezugsrechts können der Kapitalbedarf der Gesellschaft aus sich kurzfristig bietenden Marktchancen sehr zeitnah gedeckt sowie zusätzlich neue Investoren im In- und Ausland gewonnen werden.

Durch die Möglichkeit des Bezugsrechtsausschlusses wird daher in Summe eine Stärkung der Eigenmittel und eine Senkung der Finanzierungskosten im Interesse der Gesellschaft und aller Aktionäre erreicht.

Emissionen von Finanzinstrumenten im Sinne von § 174 AktG, die sich ausschließlich an institutionelle Investoren richten (und bei denen daher das Bezugsrecht ausgeschlossen wird), können bei entsprechender Stückelung und Konstruktion schließlich auch ohne Emissionsprospekt begeben werden. Dadurch würden sich die Emissionskosten im Vergleich zu einer Prospekt-Emission erheblich reduzieren.

D Garantie für die Emission von Finanzinstrumenten durch ein verbundenes Unternehmen

Die vom Vorstand beantragte Ermächtigung beinhaltet auch die Möglichkeit zur Begebung von Finanzinstrumenten im Sinne von § 174 AktG, durch ein verbundenes Unternehmen der Österreichische Post Aktiengesellschaft, wobei die Emission durch die Gesellschaft garantiert und den Inhabern der Finanzinstrumente Umtausch- oder Bezugsrechte auf Stammaktien der Österreichische Post Aktiengesellschaft gewährt werden würde.

Einerseits soll die Gesellschaft damit in die Lage versetzt werden, durch die Wahl des Standorts des Emittenten steuerlich günstige Rahmenbedingungen und Doppelbesteuerungsbedingungen auszunützen und so die Finanzierungsbedingungen noch zusätzlich zu optimieren. In erster Linie ist aber zu berücksichtigen, dass die Finanzierungen der Unternehmensgruppe zu einem erheblichen Anteil nicht direkt von der Gesellschaft, sondern von ihren Tochtergesellschaften im In- und Ausland aufgenommen werden oder die von der Gesellschaft aufgenommenen Mittel konzernintern an diese Tochtergesellschaften weitergeben werden. Die beschriebene Konstruktion würde es der Gesellschaft ermöglichen, Kapitalaufnahmen der Unternehmensgruppe direkt dort zu platzieren, wo die zur Verfügung gestellten Mittel auch tatsächlich verwendet werden würden und/oder wo Finanzierungen – letztlich zu Lasten des Finanzierungsaufwands der Gesellschaft

und der Unternehmensgruppe – nur mit einem wesentlich höheren Zins-Spread aufgenommen werden könnten. Durch die Kombination der Kapitalaufnahme durch eine Tochtergesellschaft mit einem Wandlungsrecht auf Aktien der Gesellschaft erhofft sich die Gesellschaft (zusätzlich zu den schon unter Absatz A genannten Gründen) Kreditgeber und/oder Investorenkreise ansprechen zu können, die aufgrund ihrer Risikoprofile oder Geschäftsausrichtungen für eine klassische Kreditgewährung oder Unternehmensanleihe nicht gewonnen werden könnten.

E Finanzinstrumente mit Eigenkapital-Status

Der Vorstand soll ermächtigt werden, Finanzinstrumente im Sinne von § 174 AktG, insbesondere Hybridanleihen und Genussrechte auch so gestalten zu können, dass ihr Ausweis als Eigenkapital erfolgen kann.

Dies ist nach der Stellungnahme des Fachsenats für Handelsrecht und Revision insbesondere dann gegeben, wenn Finanzinstrumente entgeltlich begeben werden, die Kapitalüberlassung nicht befristet ist, die Vergütung erfolgsabhängig ist, die Instrumente in voller Höhe am Verlust teilnehmen, die Rückzahlung unter Einhaltung der Regeln über die Kapitalherabsetzung oder Umwandlung freier Rücklagen in Höhe des Rückzahlungsbetrages in Grundkapital erfolgt und die Rückzahlung im Falle der Insolvenz oder Liquidation nachrangig gestellt ist.

Nach Aussage des International Accounting Standards Board (IASB) ist für die Klassifizierung von kündbaren Finanzinstrumenten als Eigenkapital erforderlich, dass sie folgende Merkmale aufweisen: eine unendliche Laufzeit, aufsteigende, aber an einen Ausschüttungsbeschluss gekoppelte Verzinsung und Emittentenkündigungsrecht, bei welchem die Kündigung, etwa durch einen Zinssprung, betriebswirtschaftlich auf einen relativ sicher zu erwartenden Zeitpunkt vorherbestimmt werden kann.

Zusammenfassende Interessensabwägung

Die vorgeschlagene Möglichkeit des Ausschlusses des Bezugsrechts ist durch die angestrebten Ziele, nämlich eine Optimierung der Kapitalstruktur und eine Senkung der Finanzierungskosten, die Optimierung eines hohen Wandlungskurses, die Erschließung von neuen Anlegerkreisen, die Kapitalaufnahmen in der Unternehmensgruppe direkt dort, wo die erlösten Mittel tatsächlich verwendet werden, und damit eine weitere Festigung und Verbesserung der Wettbewerbsposition der Gesellschaft im Interesse der Gesellschaft und der Aktionäre zu gewährleisten, sachlich gerechtfertigt.

Der Bezugsrechtsausschluss ist darüber hinaus auch angemessen und notwendig, weil die erwartete Zufuhr von Fremdkapital, Hybridkapital oder Eigenkapital durch die zielgruppenspezifische Orientierung der Finanzinstrumente im Sinne von § 174 AktG kostenintensivere Kapitalmaßnahmen ersetzt, günstige Finanzierungsbedingungen bietet und eine flexible langfristige Geschäftsplanung und Verwirklichung der geplanten Unternehmensziele zum Wohle der Gesellschaft und, damit verbunden, auch aller Aktionäre sichert. Ohne Ausschluss des Bezugsrechts ist es der Gesellschaft nicht möglich, vergleichbar rasch und flexibel auf günstige Marktkonditionen zu reagieren.

Der Vorstand der Gesellschaft erwartet, dass der Vorteil der Gesellschaft aus der Begebung von Finanzinstrumenten im Sinne von § 174 AktG, unter Bezugsrechtsausschluss

allen Aktionären zugute kommt und den (potentiellen) verhältnismäßigen Beteiligungsverlust der vom Bezugsrecht ausgeschlossenen Aktionäre klar überwiegt, sodass daher auch insgesamt das Gesellschaftsinteresse den Nachteil der Aktionäre durch den Ausschluss des Bezugsrechts überwiegt. Zusammenfassend kann daher bei Abwägung aller angeführten Umstände festgestellt werden, dass der Bezugsrechtsausschluss in den beschriebenen Grenzen erforderlich, geeignet, angemessen und im überwiegenden Interesse der Gesellschaft sachlich gerechtfertigt und geboten ist.

5. Bedingte Kapitalerhöhung zur Einräumung von Aktienoptionen an Arbeitnehmer und leitende Angestellte

Die Österreichische Post Aktiengesellschaft soll die Möglichkeit erhalten, Mitarbeitern und leitenden Angestellten der Gesellschaft oder eines mit ihr verbundenen Unternehmens, im Zuge eines etwaigen Stock Option Plans ("SOP") Aktienoptionen einzuräumen und mit bedingtem Kapital, welches vom Vorstand und vom Aufsichtsrat zur Beschlussfassung in der ordentlichen Hauptversammlung vom 15.04.2015 vorgeschlagen wurde, zu bedienen. In Entsprechung der gesetzlichen Pflichten gemäß § 159 Abs 2 Z 3 AktG erstattet der Vorstand der Österreichische Post Aktiengesellschaft nachstehenden Bericht:

A Grundsätze und Leistungsanreize

Ein Stock Option Plan intendiert die Herstellung und Wahrung einer Interessenparallelität zwischen Aktionären einerseits und Arbeitnehmern und leitenden Angestellten andererseits, und stärkt die Zugehörigkeit der Mitarbeiter zum Unternehmen. Weiters dient die Möglichkeit zur Einräumung von Aktienoptionen dazu, die Konkurrenzfähigkeit am Arbeitsmarkt aufrecht zu erhalten. Zu den Leistungsanreizen und Bedingungen der Ausübbarkeit der eingeräumten Optionen wird nachstehend unter Punkt C berichtet.

B Anzahl und Aufteilung der einzuräumenden und bereits eingeräumten Optionen

Es ist beabsichtigt bis zu 1.688.816 Optionen, wovon bis zu 1.519.934 Optionen an Mitarbeiter und bis zu 168.882 Optionen an leitende Angestellte der Gesellschaft oder eines mit ihr verbundenen Unternehmens ausgegeben werden. Dies entspricht maximal 2,5 % des derzeitigen Grundkapitals der Gesellschaft. Jede eingeräumte Option berechtigt den jeweiligen Mitarbeiter und leitenden Angestellten (gemeinsam "**Teilnehmer**") eine Stückaktie der Österreichische Post Aktiengesellschaft zu erwerben.

Die Anzahl der an die jeweiligen Teilnehmer auszugebenden Optionen bestimmt sich gegebenenfalls nach folgenden Kriterien:

- a) Betriebsbezogene Funktion und Position der Teilnehmer;
- b) Beitrag der Teilnehmer bei der Umsetzung der strategischen Ziele der Österreichische Post Aktiengesellschaft und mit dieser verbundenen Unternehmen.

- c) Beitrag der Teilnehmer zur Wertsteigerung der Österreichische Post Aktiengesellschaft und mit dieser verbundenen Unternehmen sowie zur Umsetzung der Unternehmensziele.

Davon abweichend ist auch eine Zuteilung zu gleichen Teilen an alle Mitarbeiter der Gesellschaft möglich.

Zum derzeitigen Zeitpunkt wurden noch keine Optionen eingeräumt.

C Wesentliche Bedingungen der Aktienoptionsverträge

I Ausübungspreis (Ausgabebetrag)

Der Ausübungspreis für neue Aktien entspricht dem durchschnittlichen Börsepreis innerhalb der letzten drei Monate vor der Einräumung der Aktienoptionen, wobei der Ausübungspreis jedenfalls zumindest den auf die einzelne Stückaktie entfallenden anteiligen Betrag des Grundkapitals beträgt.

II Laufzeit und zeitliche Ausübungsfenster

Die Einräumung der Optionen erfolgt – für den Fall einer Verabschiedung eines SOP - von Juli 2015 bis Dezember 2016. Etwaige zugeteilte, jedoch durch Austritt von Teilnehmern zurückgefallene Optionen können erneut zugeteilt werden. Sämtliche eingeräumte Optionen können längstens bis 14.04.2020 ausgeübt werden. Optionen, die bis zu diesem Zeitpunkt in zeitlicher oder sachlicher Hinsicht nicht ausübbar werden oder - obwohl ausübbar - nicht ausgeübt wurden, verfallen, ohne dass dadurch ein wie immer gearteter Ersatzanspruch des jeweiligen Teilnehmers begründet wird.

Im Hinblick auf den frühestmöglichen Ausübungszeitpunkt für die eingeräumten Optionen gilt, dass eine Ausübbarkeit jeweils in einem Ausmaß von 50% am zweiten und am dritten Jahrestag der Einräumung gegeben ist.

Dem Vorstand steht es frei, allgemeine objektiv-sachliche Ausübungskriterien (Performance-Kriterien) festzulegen bzw. hinsichtlich einzelner Teilnehmer jeweils für die eingeräumten Optionen solche Kriterien in die Teilnahmeerklärung aufzunehmen. Der Vorstand wird solche Ausübungskriterien im Rahmen der zwingend anwendbaren Regeln, wobei vor allem auch auf Leistungskriterien vergleichbarer Unternehmen berücksichtigt werden (Peer-Group Analyse), festlegen.

Die Ausübung der Optionen ist, bei Vorliegen der sachlichen und zeitlichen Kriterien, unter Einhaltung der im SOP festgelegten Formvorschriften möglich. Ausübungserklärungen, die in Übereinstimmung mit dem SOP, jedoch außerhalb eines solchen Ausübungsfensters abgegeben werden, sind ungültig.

III Übertragbarkeit der Optionen

Die eingeräumten Optionen und alle damit verbundenen Rechte und Pflichten sind nicht übertragbar und können nur durch den jeweiligen Teilnehmer selbst ausgeübt werden. Jedes direkte oder indirekte Verpflichtungs- und/oder Verfügungsgeschäft, das sich auf Einräumung von (Voll- oder Teil-)Rechten an den eingeräumten Optionen bezieht (z.B. Übertragung, Abtretung, Verpfändung oder Einräumung von Treuhand) ist unzulässig und nichtig. Die eingeräumten Optionen können weiters nicht Gegenstand eines Exekutions-, Beschlagnahme- oder ähnlichen Verfahrens sein. Ausgenommen hiervon sind lediglich die Übertragung im Wege der gesetzlichen und/oder gewillkürten Erbfolge, sowie die Übertragung durch Vermächtnis.

IV Behaltefrist für bezogene Aktien

Eine allfällige Behaltefrist für Aktien, die durch Ausübung der Optionen bezogen werden, kann maximal für die Dauer der Betriebszugehörigkeit im SOP vorgesehen werden.

Wien, am 23.03.2015

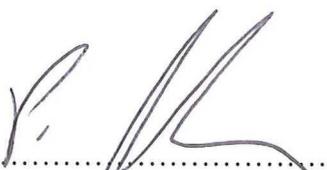
Der Vorstand:



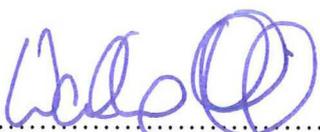
Dr. Georg Pölzl
Vorsitzender



Dipl.-Ing. Walter Hitziger



Dipl.-Ing. Peter Umundum



Dipl.-Ing. Walter Öblin